Konfrontation statt Konsens?
Zur gesellschaftspolitischen Dimension des Jugendprotests

von

HANS-JOCHEN VOGEL

I.

Sie haben mich eingeladen, im Rahmen des 12. Bitburger Gesprächs den Schlußvortrag zu halten. Ich bin dieser Einladung gerne gefolgt, weil man den ebenso liebenswürdigen wie beharrlichen Aufforderungen des Herrn Kollegen Theisen ohnehin nur schwer widerstehen kann und weil ich auf diese Weise den Bitburger Gesprächen als ehemaliger Bundesjustizminister wenigstens im Nachhinein meine Reverenz erweisen kann. Damit übe ich auch tätige Reue für eine mir von Kollegen Theisen mehrfach freundschaftlich vorgehaltene Äußerung aus den ersten Monaten meiner Ministerzeit. Damals – es war wohl im Herbst 1974 – erwiderte ich nämlich auf eine Frage nach den Bitburger Gesprächen, daß mir über sie nichts Näheres bekannt sei. Nun: Das hat sich inzwischen nachhaltig geändert.

Als Thema habe ich im Einvernehmen mit den Veranstaltern den Jugendprotest und seine gesellschaftspolitische Bedeutung gewählt. Dies deshalb, weil ich das Thema über den Tag hinaus für wichtig und gerade auch in einem Kreise wie diesem für diskussionswürdig und -bedürftig halte. Außerdem habe ich mich in Berlin in den letzten 12 Monaten mit den dortigen Erscheinungsformen des Jugendprotests zunächst als Regierender Bürgermeister und sodann als Vorsitzender der stärksten Oppositionsfraktion intensiv beschäftigt. Ich kann also einen Beitrag auf Grund unmittelbarer Anschauung leisten, was mir bei den Detailthemen Ihres diesjährigen Gesprächs nicht ohne weiteres möglich wäre.

Bei näherer Betrachtung gibt es übrigens zwischen Ihrem Generalthema und dem Thema meines Referates durchaus gewisse Verknüpfungen und Bezüge. So bezweifelt beispielsweise der Jugendprotest die soziale Gerechtigkeit unserer Gesellschaftsordnung sehr nachdrücklich. Auch stellt sich die Frage, warum unser – auch im Jugendbereich – dichtgeknüpftes soziales Netz die Entstehung und das Anwachsen des Jugendprotests keineswegs verhindert, sondern im Gegenteil in seiner bürokratischen Perfektion und seiner zunehmenden Unpersönlichkeit partiell mit herausgefordert hat. Schließlich liegt auf der Hand, daß der soziale Friede in unserer Gesellschaft, das heißt aber wohl die Überzeugung, daß in unserer Gesellschaft auch der Schwächere zu sei-

nem Recht komme, daß sich die Gemeinschaft für jedes ihrer Glieder verantwortlich fühle, auch durch die Argumente der Protestbewegung erschüttert, zumindest aber tangiert werden könnte – wenn diese Wirkung nicht schon eingetreten ist.

II.

Jugendprotest: So bezeichnen wir üblicherweise das Aufbegehren und den Protest von Teilen der jungen Generation gegen die Politik, die Lebensordnung und die Lebensweise der Älteren, insbesondere der „Etablierten". Die äußeren Anlässe des Jugendprotestes, der sich keineswegs auf die Bundesrepublik beschränkt, sind mannigfaltig. In Berlin oder in Amsterdam richtet sich der Protest dagegen, daß Tausende von Wohnungen leerstehen, während finanziell schwache Interessenten vergeblich preisgünstige Wohnungen suchen; er richtet sich aber auch gegen die bisherige Sanierungspolitik insgesamt. So etwa gegen die Zerreißung gewachsener sozialer Netze, gegen die öde Gleichförmigkeit der Neubauten und gegen profitorientierte Luxusmodernisierung. In Zürich entzündete sich der Protest immer wieder an der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum. In englischen Städten erwuchs die Konfrontation im vergangenen Sommer aus der Arbeitslosigkeit junger Menschen, und zwar insbesondere farbiger Jugendlicher und aus eskalierenden Spannungen zwischen diesen Jugendlichen und der Polizei. Andere protestieren in der Bundesrepublik – aber nicht nur dort – mit wachsender Intensität und hohen Teilnehmerzahlen gegen neue Kernkraftwerke oder gegen den Ausbau von Flughäfen. Und Hunderttausende wenden sich gegen den weiteren Rüstungswettlauf; zuletzt eine viertel Million wiederum überwiegend junger Menschen Mitte Oktober bei einer Demonstration in Bonn und sodann mit ähnlichen Zahlen in mehreren anderen europäischen Hauptstädten.

Der Protest äußert sich in unterschiedlichen Formen. Auf Kirchentagen, in einem Geflecht von Gruppen und Gemeinschaften. In großen Demonstrationen, in der gewaltlosen Besetzung von leerstehenden Häusern oder von Baustellen. Aber immer wieder auch in Gewalttätigkeiten gegenüber der Polizei und in der Zerstörung von Schaufenstern und Automobilen. In Berlin hat sich der Protest auch politisch organisiert. 90000 Wähler haben dort einer Gruppierung, die sich Alternative Liste nennt, zu neun Mandaten im Abgeordnetenhaus verholfen.

Parlamentarische Vertretungen des Protests gibt es seit längerer Zeit auch schon in Bremen und in Baden-Württemberg.

Gewiß: Das alles ist keineswegs einheitlich und schon gar nicht bundesweit organisiert. Es wäre auch falsch, die Alternativbewegungen – unter dieser Bezeichnung faßt man etwas unscharf die ökologische Bewegung, die Dritte-Welt-Initiativen sowie die verschiedenen Emanzipationsbewegungen zusammen – und die Friedensbewegung einfach als unterschiedliche Facetten des Phänomens Jugendprotest anzusehen. Aber all diese Bewegungen werden im wesentlichen von Angehörigen der Jungen Generation getragen und wären ohne ihr Engagement von weitaus geringerer gesellschaftlicher und politischer Relevanz.

Über die quantitative Dimension des Jugendprotests in der Bundesrepublik gehen die Meinungen weit auseinander. Immerhin beziffert eine Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung das Protestpotential auf gut 15% aller Jugendlichen. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung schätzt den Anteil der Studenten, die sich der Alternativ-Kultur oder dem Bereich zwischen der herkömmlichen und der Alternativ-Kultur zurechnen, sogar auf fast 40%. Darüber hinaus – und das deckt sich jedenfalls mit meinen Erfahrungen – stellt eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit fest, daß sich Gedankengut und Teile der Lebenspraxis der Minderheit bei der Mehrheit der Jugendlichen wiederfinden. Die Stellungnahmen der Jugendverbände zu Umwelt, Frieden, Schule und Arbeitswelt der vergangenen Monate und Jahre bestätigten, daß diese Themen auch in der traditionell in Gruppen und Verbänden organisierten Jugend tief verankert seien. Schließlich muß man wohl die Bedeutung einer Bewegung nicht nur nach der Zahl ihrer Angehörigen, sondern auch nach ihrer Zusammensetzung bemessen. Dazu sagt die SHELL-Studie '79, das Einstellungsprofil der „potentiellen Führungsgruppe" weise unverkennbar „konsum- und technologiekritische" Züge auf.

Übrigens gibt es auch Formen der stillen Abwendung, die im Einzelfall dem latenten Protestpotential zuzurechnen sind oder eben auf diese Weise Widerspruch gegen die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse ausdrücken. Auch ist an die Drogenabhängigen, die Alkoholsüchtigen und an diejenigen zu denken, die sich sogenannten Jugendreligionen angeschlossen haben.

Hat der so umrissene Protest jedenfalls in unserem Lande eine gemeinsame Wurzel? Reicht er über den Tag hinaus? Ist er mehr als der durchaus normale Generationskonflikt? Hat er eine gesellschaftspolitische Dimension?

Ich glaube ja!

Lassen Sie mich zunächst sagen, was er nicht ist. Er ist keine Fortsetzung der Studentenbewegung von 1967/1968. Dafür sind die Teilbewegungen des heutigen Protests zu undogmatisch und zu theoriefern. Sie empfinden Ideologien – auch den Neomarxismus – eher als Einengung ihrer Unmittelbarkeit und Spontaneität, ja als Versuche, sie zu vereinnahmen, sie von außen zu bestimmen. Es fehlen auch die Leit- und Identifikationspersönlichkeiten, die es damals ja durchaus gab.

Er ist auch keineswegs primär ein polizeiliches Problem oder gar eine Erscheinungsform politischer Kriminalität. Natürlich gibt es militante und kriminelle Elemente, die sich die Bewegung zunutze zu machen versuchen. Und es gibt auch einzelne anarchistische Ansätze. Aber das sind Randerscheinungen. Kontakte in den terroristischen Bereich hinein sind hingegen noch nicht einmal an den äußersten Rändern feststellbar. Wo der Terrorszene zuzurechnende Personen Kontaktversuche unternommen haben – etwa in Berlin in Richtung auf die Hausbesetzerszene – stießen sie regelmäßig auf Ablehnung.

Randerscheinungen sind weiter die Versuche kommunistischer Gruppen, Einfluß zu nehmen. Diese Gruppen sind beispielsweise in Berlin schon zahlenmäßig viel zu schwach, um etwas bewegen zu können. Bei der letzten Wahl haben sich 90000 Wähler für die AL, aber nur 8000 von 1,5 Millionen Wählern für die SEW entschieden. Es gibt

auch keine östliche Steuerung oder Verschwörung. Gewiß grämen sich die osteuropäischen Führungen nicht, wenn wir Schwierigkeiten haben. Aber eine Jugendprotestbewegung, die eines Tages auch in ihren Bereich übergreift – und es gibt schon erste Anzeichen dafür –, ist wohl das letzte, wofür sich die DDR oder gar die Sowjetunion erwärmen würden.

Insgesamt greifen all diese formelhaften, im besten Falle oberflächlichen, im schlimmen Falle zur politischen Denunziation Dialogwilliger bestimmten Kennzeichnungen zu kurz. Tatsächlich versteht sich die Jugendbewegung selber als ein Protest gegen den weltweiten Rüstungswettlauf, gegen Wucherungen der Wohlstandsgesellschaft, gegen angebliche Sachzwänge und Überreglementierung, gegen Kälte, Gleichgültigkeit und Heuchelei und gegen Orientierungslosigkeit und den Verlust humaner Werte. Hinter all dem steckt eine tiefe Skepsis gegenüber der Glaubwürdigkeit der herkömmlichen Politik und der „etablierten" Politiker. Und dahinter stecken auch Ängste, die immer stärker ins Bewußtsein der jungen Generation treten und sich zu einer mehr oder weniger deutlich artikulierten Zukunftsangst verbinden. Wenn überhaupt sehe ich hierin die eigentliche Wurzel des Protests.

III.

Ich habe schon gesagt, daß ich dem Jugendprotest eine gesellschaftspolitische Dimension zumesse. Aber worin besteht sie? Wie weit reicht sie? Ist es wahr, daß der Jugendprotest unseren Werterahmen durchbricht, die Industriegesellschaft und die Arbeitsteilung abschaffen und den gesellschaftlichen Grundkonsens aufkündigen will? Ist Konfrontation die richtige Antwort? Haben vielleicht doch die recht, die uns erklären, das Ganze sei doch eher eine Sache der Polizei. Man müsse nur mit genügender Härte und kompromißloser Ablehnung reagieren. Oder die, die sagen, das laufe sich bald wieder tot. Man müsse vielleicht etwas häufiger mit den Jungen reden. Sie beispielsweise zu Parteitagen einladen und dort in 3-Minuten-Statements zu Worte kommen lassen.

A.

Wer darauf antworten will, muß wohl zunächst etwas näher auf die Ursachen des Jugendprotests und die Kritik eingehen, die er an uns „Etablierten" übt.

Lassen Sie mich mit dem Phänomen der Angst beginnen. Angst ist keine neue Erscheinung, erst recht keine Erscheinung, die erst in unserer Zeit aufgetreten wäre. Sie ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Dennoch stimme ich denen zu, die glauben, daß die Angst gegenwärtig im Wachsen begriffen ist. Mehr und mehr Menschen erfüllt offenbar die Sorge, der gegenwärtige Zustand könnte sich rasch zum Schlechten verändern, ja sogar Katastrophen bisher unbekannten Ausmaßes seien nicht mehr auszuschließen. Und nicht wenige halten die Entwicklung dorthin für zwangsläufig und unbeeinflußbar wie eine Lawine, die sich schon gelöst hat und nun immer schneller zu Tal rast.

Das läßt sich nicht so einfach beiseite schieben. In der Tat hat sich das Gefahrenpotential zu Lebzeiten unserer Generation in relevanter Weise vergrößert. Nicht die Gefahren als solche sind neu, auch nicht die Arten des Unheils, das sie im Falle ihres Eintritts bewirken. Das ist wie eh und je Tod, Schmerz, Leiden, Hunger, Verlust an materiellen Gütern, von Kultur, an Lebensqualität. Neu ist das Ausmaß des Unheils, das gegebenenfalls über uns käme, und das in vollem Umfang zu erfassen unserer Vorstellungskraft Mühe bereitet.

Das ist die Zerstörungskraft der nuklearen Waffen. Der Atombombe, die am 6. August 1945 über Hiroshima explodierte, fielen binnen Minuten bereits 200000 Menschen zum Opfer. Heute würde ein einziger nuklearer Sprengkopf mit einer Sprengkraft von 1 Megatonne eine vielfache Anzahl von Menschen töten. Und es existieren mehr als 20000 solcher nuklearer Sprengkörper. Und monatlich kommen in Ost und West neue hinzu.

Da ist weiter das vervielfachte Gefährdungspotential, das sich aus dem Fortschreiten der Naturwissenschaften und der Technik, aus dem immer weiteren Hinausschieben der Grenze zwischen dem ergibt, was der Mensch zu tun und zu bewirken fähig, und dem, was seiner Einwirkung entzogen ist. Wieder ist nicht die Gefahr als solche neu. Neu ist das Ausmaß der Folgen, die eintreten können, wenn sich die Gefahr realisiert. Das gilt für die Kernenergie. Das gilt ebenso für die Möglichkeit der Gen-Beeinflussung, um ein Beispiel zu nennen, das noch nicht ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist.

Schließlich erwähne ich noch das durch ein rapides Bevölkerungswachstum potenzierte Krisenpotential der Dritten Welt, das in der von der US-Administration vorgelegten Studie „Global 2000" ebenso nüchtern wie eindringlich beschrieben ist. Die Vorgänge im Iran, aber auch in Teilen Lateinamerikas und in Teilen Afrikas lassen in Umrissen erkennen, was es bedeutet, wenn sich dieses Potential realisiert. Abermals sind es die Größenordnungen, die über die historischen Erfahrungen hinausgehen. Das Schrumpfen der Entfernungen, die heute ja sinnvollerweise in Zeiteinheiten und nicht mehr in Kilometern gemessen werden, und die Potenzierung der Informationsintensität durch ein weltweites Kommunikations- und Massenmediensystem kommen noch dazu.

Kann man junge Menschen, die diesen Ängsten Ausdruck geben, tadeln? Oder sie leichthin beschwichtigen? Die Gefahren und ihre neue Qualität leugnen doch auch die nicht, die glauben, wir könnten sie mit Hilfe unserer bisherigen Politik unter Kontrolle halten.

Und wie steht es mit den Wucherungen, mit den Verabsolutierungen des ökonomischen Prinzips? Richtet sich der Protest hier gegen einen Popanz? Fehlt es ihm an Ansatzpunkten für seine Kritik? Ich bezweifle das.

Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen – ein von der Schweizerischen Regierung berufenes und wohl schon deshalb über den Verdacht modischer Tageserklärungen oder gar einseitiger Radikalität erhabenes Gremium – hat gerade dazu im November 1980 eine bemerkenswerte Untersuchung vorgelegt und an einer Stelle unter anderem gesagt: „Gleichzeitig erleben viele Jugendliche mehr und mehr die menschlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Kosten der Wohlstandsproduktion. Sie su-

chen Arbeit, die zur Selbstentfaltung beiträgt, in der sie aber auch einen sinnvollen Beitrag zum Allgemeinwohl sehen können, finden aber häufig nur einen ‚Job', eine Möglichkeit zum Geldverdienen in beliebigem und unüberblickbarem Zusammenhang. Der von Produktion und Konsum bestimmte Lebensrhythmus erstickt die Entfaltung von Persönlichkeit und Gemeinschaft. Belastung und Verwüstung der Umwelt schließlich stehen nicht nur als abstrakte Aussicht auf ein apokalyptisches Ende am fernen Horizont, beides wird in der städtischen Lebenswelt täglich erfahren, auch wenn wir von den Verhältnissen ausländischer Millionenstädte noch entfernt sind."

Wohlgemerkt – das sagen nicht radikale Sozialisten oder Ökologen oder realitätsferne Weltverbesserer. Das sagt eine offizielle Kommission der – weiß Gott! – allen Abenteuerlichkeiten abgeneigten Schweiz.

Und noch ein Zeuge kann in Anspruch genommen werden, der ebenfalls nicht zu den Extremisten zählt: Papst Johannes Paul II. Er hat erst kürzlich gesagt:

,,Das notwendige wirtschaftliche Wachstum mit seinen ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten muß in die Perspektive einer ganzheitlichen und solidarischen Entwicklung der einzelnen Menschen und Völker einbezogen werden.

Sonst wird der Teilbereich wirtschaftlichen Wachstums übermächtig, daß er den gesamten Bereich des menschlichen Lebens seinen partiellen Erfordernissen unterordnet, dabei den Menschen erstickt, die Gesellschaft zersetzt und schließlich in den eigenen Spannungen und Exzessen steckenbleibt."

Hier gibt es übrigens eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen dem Papst und Theodor W. Adorno. Dieser sagte schon vor fast einem Vierteljahrhundert: ,,Die naiv unterstellte Eindeutigkeit der Entwicklungstendenz auf Steigerung der Produktion ist selber ein Stück jener Bürgerlichkeit, die Entwicklung nach einer Richtung nur zuläßt, weil sie von Quantifizierung beherrscht, der qualitativen Differenz feindlich ist.

Vielleicht wird die wahre Gesellschaft der Entfaltung überdrüssig und läßt aus Freiheit Möglichkeiten ungenützt, anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen."

Wem diese nicht alltägliche Kongruenz der Beurteilung noch nicht zu denken gibt, den erinnere ich daran, daß Marxisten wie Rudolf Bahro für die Fesselung der Produktivkräfte eintreten, von deren Entfesselung Karl Marx bekanntlich das Heil nicht zuletzt erwartete. Das alles zeigt nur das Ausmaß des Gedankenprozesses, der hier im Gange ist und den auch diejenigen nicht unbeachtet lassen sollten, die – wie ich meine zu Recht – vor Maßlosigkeit und Einseitigkeit warnen.

Und Überreglementierung? Nun, dieses Thema ist ja wohl von ganz unverdächtiger Seite unter dem Stichwort ,,Normenflut" schon früher aufgenommen worden. Die Urheber dieser Diskussion werden sie jetzt kaum deshalb beenden wollen, weil sie vom Jugendprotest in seiner Weise fortgeführt wird.

Allerdings meint der Jugendprotest dabei – soweit ich das verstehe – nicht nur die Reglementierung durch Rechtsvorschriften, sondern auch die Vorprägung vieler Lebensäußerungen durch die Bedürfnisse der hochtechnisierten Produktion, durch die Konsumgewohnheiten oder durch die elektronischen Medien. ,,Life is Xerox, you are

just a copy" lautet eine gesprühte Mauerinschrift in Berlin. Sie bringt ebendies zum Ausdruck und lohnt das Nachdenken.

Noch eine Bemerkung zur Glaubwürdigkeitsfrage. Ist wenigstens dieses Problem ein Scheinproblem? Ich bin nicht so sicher. Ich bin zu lange im öffentlichen Leben und in der praktischen Politik tätig, um mich in realitätsfernem Purismus zu verlieren oder aus Mücken Elefanten zu machen. Aber auch mir kommen ernste Zweifel, ob wir nicht mitunter in einer schwer erträglichen Art und Weise mit zweierlei Maß messen.

Dafür nur ein Beispiel.

In Berlin und nicht nur dort war im vergangenen Jahr die Erregung über die Hausbesetzungen allgemein. Von der Erschütterung des Rechtsbewußtseins war die Rede und dem drohenden Kollaps des Rechtsstaates. Wer an verbotener Stelle parke, müsse seine Buße zahlen, wer ein fremdes Haus besetze, bleibe unbehelligt, lautete eine populäre Formel. Die Forderung nach einer Amnestie wurde mit Entschiedenheit abgelehnt. Wer gar zugunsten der Hausbesetzer eine Änderung des Strafrechts oder gar des Grundgesetzes zur Diskussion gestellt hätte (noch nicht einmal die Hausbesetzer selbst kamen auf diesen Gedanken), wäre mit Sicherheit als Staats- und Rechtszerstörer gebrandmarkt worden. Schon die Mahnung zur Vernunft, zur Geduld und zur Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit galt als Zeichen der Schwäche und der Unzuverlässigkeit. Die Frage, ob man denn Wirtschafts- und Steuervergehen mit dem gleichen Elan anprangere und bekämpfe, wurde als unziemlich und taktlos beiseitegeschoben.

Mittlerweile rückten andere Rechtsbrüche in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Diesmal ging es nicht um Hausfriedensbrüche, sondern um Gesetzesverstöße bei der Beschaffung von Geldern für die politischen Parteien. Und es ging nicht um namenlose, zumeist noch jugendliche Menschen, sondern um lebenserfahrene, namhafte Persönlichkeiten. Und siehe da: Es wurde zwischen Parteien, die sich sonst Tag für Tag mit Erbitterung bekämpfen und gegenseitig mit den schlimmsten Vorwürfen überhäufen, ernsthaft über eine Amnestie und eine Grundgesetzänderung verhandelt, die in seltener Einmütigkeit ganz rasch über die parlamentarische Bühne gehen sollten.

Kann man es jungen Menschen – und nicht nur jungen – übelnehmen, wenn sie das als zynisch empfinden? Wenn sie fragen, wo hier die Empörung, die Sorge um den Rechtsstaat bleibt?

Damit wir uns recht verstehen: Ich werfe keinen Stein auf die, die ihrer Partei uneigennützig helfen wollten. Es wäre jämmerlich, wenn ihre jeweiligen Freunde sie einfach ihrem Schicksal überließen. Also muß man ihnen Rechtsschutz gewähren und sich zu ihnen auch im Fall ihrer Verurteilung bekennen. Aber man darf unter keinen Umständen ihnen zuliebe das Recht ändern.

B.

Und nun zu den einzelnen Fragen, die ich zu Beginn dieses Abschnitts aufgeworfen habe.

Durchbrechung des Werterahmens. Zunächst: Von welchen Werten ist die Rede?

Bekanntlich herrscht hier eine babylonische Sprachenverwirrung. Institutionen, Tugenden, Grundrechte, Ordnungsprinzipien, Rechtsgüter – all diese Termini werden synonym für den Terminus Werte verwandt. Sinnvollerweise sollten wir in unserem Zusammenhang von Grundwerten sprechen, auf die sich die drei herkömmlichen Parteien als Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und für das politische Wollen, das diese Wirklichkeit verändernd gestaltet, verständigt haben. Also von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wo findet hier eine Durchbrechung statt? Sicher: Man wird mit dem Jugendprotest zu streiten haben, ob und wo von ihm geforderte Lösungen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität mehr Rechnung tragen als die bisherigen Lösungen. Manches wird sich dabei vielleicht als weniger gerecht oder weniger solidarisch erweisen als das Vorhandene. Aber ist das schon Wertwandel? Diese Auseinandersetzung hat es doch seit eh und je gegeben. Außerdem: Ich bin mir nicht so sicher, ob wir Älteren die Werte, von denen wir nicht gerade selten sprechen, wirklich so überaus ernst nehmen. Immerhin hat ein Bischof mit Bezug auf einen Teil der Hausbesetzer vor kurzem folgendes gesagt:

„Die Widersprüchlichkeit, die schwer durchschaubare Vielfältigkeit und die teilweise Chaotik der ‚Szene' spiegelt die Buntheit unserer Gesellschaft und zugleich den unabgeklärten, noch nicht ‚ausgegorenen' Zustand dieser Lebensbewegung.

Viele Sehnsüchte und Wünsche werden da artikuliert, die mehr oder weniger unbewußt von der ‚Mehrheit der Berliner Bevölkerung' auch empfunden werden. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft, nach Selbstgestaltung, nach Geborgenheit, nach Freude am Leben, nach weniger Eingezwängtsein.

Es sind doch im Grund nicht Kräfte der Zerstörung und der Lebensverweigerung, die sich da zu Worte melden, sondern zukunftswillige und zukunftsfähige Kräfte.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen: Könnte es nicht sein, daß sich evangelische Mitarbeiter, Pfarrer und Gemeindemitglieder darum für die ‚Hausbesetzer' einsetzen, weil sie a) verhindern möchten, daß die guten Ansätze dieser Lebenspraxis in Resignation und von da aus in Gewalt umschlägt, und weil sie b) auf ein Lebenskonzept treffen, das dem biblischen Zeugnis näherstehen könnte als das normale egoistische Lebenskonzept der Wohlstandsgesellschaft?"

Ich mache mir das nicht in jedem Punkt zu eigen. Aber ich erwähne es als die Meinung eines sehr nüchternen Mannes, der weiß, wovon er spricht. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang auch zwei Sätze aus der schon einmal zitierten Untersuchung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Sie lauten:

„Nach Ansicht mancher Pädagogen zeichnet sich gerade die gegenwärtige Jugend durch besondere Sensibilität und soziales Engagement gegenüber Schwächeren und sozialen Randgruppen aus. Dies wird durch das hohe Maß an freiwilligem und unentgeltlichem sozialen Einsatz vieler Jugendlicher bestätigt."

Abschaffung der Industriegesellschaft und der Arbeitsteilung. Dahin zielende Sorgen sind zuletzt von Richard Löwenthal in seinen Ende letzten Jahres veröffentlichten Thesen in bezug auf die von ihm so genannten Aussteiger geäußert worden. Für diese, die wirklichen Aussteiger, die in die Droge oder den Alkohol flüchten oder sich in

Nischen abseits der Gesellschaft – etwa in Landkommunen – zurückziehen, ist die Sorge sicherlich begründet. Aber die große Mehrheit der Jugendbewegung besteht nicht aus solchen Aussteigern. Sie besteht aus Menschen, die die Industrieproduktion nicht abschaffen, sondern verändern und so entwickeln wollen, daß Technik und Ökonomie nicht länger mehr herrschen, sondern daß sie dienen, den Menschen im Rahmen einer von der Gemeinschaft gesetzten Ordnung von Werten und Prioritäten dienen. So sieht es beispielsweise die Eidgenössische Jugendkommission, die ich dazu noch einmal zitiere. Sie sagt in ihren Thesen:

„Nach wie vor hingegen wirkt sich vom Pluralismus das aus, was das Gefährlichste an ihm ist: Daß aus einem Gewährenlassen ein Vernachlässigen wird. Man interessiert sich nicht mehr für den anderen, fühlt sich für ihn und sein Tun nicht mehr mitverantwortlich und verlangt von ihm lediglich, in Ruhe gelassen zu werden. Dies geschieht insbesondere zwischen den Generationen sowohl innerhalb der Familie als auch in der ganzen Gesellschaft. Sprachverlust, Abbruch des Gesprächs sind Folgen einer solchen Vernachlässigung. Die weitverbreitete Isolation, zu der sie führt, wird durch die städtisch-industrielle Lebens- und Arbeitsweise noch unterstützt. Teamarbeit gibt es nur für relativ wenige, und unsere Wohn- und Baukultur ist einseitig auf Rückzug in die eigenen vier Wände ausgerichtet. Diese Entwicklung zur Isolation der Generationen und der einzelnen ist langfristig. Sie hat in den derzeitigen Jugendunruhen nur einmal mehr zu einem Ausbruchsversuch geführt."

Dieser aus allen politischen Lagern und auch von den Kirchen immer wieder beklagten Fehlentwicklung begegnen zu wollen, bedeutet doch nicht den Wunsch nach Rückkehr in die Agrargesellschaft früherer Jahrhunderte.

Bleibt die Frage nach dem Grundkonsens. Vorab: Was gehört eigentlich zum staatsbürgerlichen Grundkonsens? Und wie manifestiert er sich? Er manifestiert sich in den wesentlichen Prinzipien unseres Grundgesetzes und darin, daß die große Mehrheit unseres Volkes diese Prinzipien für gut, richtig und bewahrenswert hält. Zu diesen Prinzipien gehört nach der bekannten Formel des Bundesverfassungsgerichts die Achtung vor den Menschenrechten, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteiensystem, das Recht auf Opposition und die gewaltfreie Durchsetzung politischer Ziele.

Ich sehe nicht, daß der Jugendprotest den Grundkonsens über diese Verfahren und Inhalte ernstlich in Frage stellt. Gewiß: Es gibt in den Randbereichen Unklarheiten und Zweifel, zum Beispiel hinsichtlich der Gewaltanwendung und gewaltloser Regelverletzungen. Es gibt einen leichtfertigen Umgang mit dem Begriff „Widerstand". Und es gibt eine Diskussion, ob das repräsentative System nicht in Richtung auf eine stärkere plebiszitäre Komponente verändert werden sollte. Das berührt aber doch wohl nicht den Bereich des Grundkonsenses. Denn mehrere Bundesländer kennen schon heute Volksbegehren und Volksentscheid und die Erfahrungen mit diesen Instrumenten der Volksgesetzgebung sind – etwa in Bayern – keineswegs nur negativ. Auch Österreich – von der Schweiz gar nicht zu reden – hat eine schwierige ökologisch-ökonomische Streitfrage, nämlich die, ob sein einziges Kernkraftwerk in Betrieb genommen werden

soll, auf diesem Wege entschieden und zur Ruhe gebracht. Es geht also nicht um ein Grundprinzip, um Ja oder Nein, sondern um ein Problem, das ohne qualitative Veränderung unseres Staatswesens unterschiedlichen Lösungen zugänglich ist.

Anders liegen die Dinge beim Gewaltmonopol des Staates. Es muß mit aller Festigkeit vertreten und verteidigt werden. Der Rückfall in Verhältnisse, in denen politische Ziele nicht mehr allein mit friedlichen Mitteln, sondern auch mit Gewalt verfolgt werden, würde einen entscheidenden Fortschritt unserer Rechts- und Staatskultur preisgeben. Es wäre auch schizophren, eine internationale Friedensordnung zu fordern, wenn gleichzeitig die innere Friedensordnung aufgegeben würde. Allerdings gehört zu dieser Friedensordnung auch die parlamentarische und öffentliche Kontrolle des Gewaltmonopols. Auch muß der Staat von seiner Gewalt einen vernünftigen, dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechenden Gebrauch machen. Insbesondere darf er die Polizei nicht überfordern, indem er ihr die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme aufbürdet. Auch die Polizei ist ein knappes Gut – um eine Wendung des Herrn Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts über die Rechtsprechung aufzugreifen und abzuwandeln. Schließlich muß auch nach den Ursachen der Gewalttätigkeiten gefragt werden. Ist es nur böser Wille, Haß, Fanatismus? Oder ist es auch eine Folge der Sprachlosigkeit, der Vereisung mitmenschlicher Beziehungen, der Verdinglichung und Verhärtung auf vielen Gebieten? Oder eine Folge der Erfahrung, daß oft genug erst Gewalttätigkeiten das Interesse der Medien und der Öffentlichkeit wecken?

Ähnliches gilt für die Verfolgung von Rechtsverletzungen. Auch sie kann nicht in das Belieben gestellt werden, wenn der Gemeinschaftsfrieden gewahrt bleiben soll. Auch für sie gilt indes innerhalb der gesetzlichen Spielräume der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Unter Gleichbehandlungsaspekten ist auch eine Amnestie abzulehnen. Übrigens findet der Hinweis, wer auf einen tatsächlichen oder vermeintlichen Mißstand durch eine bewußte Regelverletzung aufmerksam machen wolle, müsse dann auch die Sanktion dieser Regelverletzung auf sich nehmen und mache sich unglaubwürdig, wenn er nachträglich versuche, sich der Folge zu entziehen, mit deren Inkaufnahme er vorher die Ernsthaftigkeit seines Engagements unterstrichen hat, bei jungen Menschen durchaus Gehör.

Warum entsteht dennoch der Eindruck, der Grundkonsens sei ernsthaft gefährdet? Um nicht zu sagen, warum wird dieser Eindruck mitunter geradezu gepflegt?

Ich glaube, weil man in den Grundkonsens Dinge hineinzieht, die nicht dorthin gehören. Weil unbewußt oder bewußt der Versuch unternommen wird, abweichende Meinungen, wenn nicht schon aus der Verfassung, so doch aus dem Grundkonsens herauszudrängen. So etwa

- die Wünschbarkeit oder gar die Notwendigkeit weiteren permanenten Wachstums,
- die gegenwärtige Organisation unserer Wirtschaft,
- die Zugehörigkeit zur Nato oder
- das 3-Fraktionen-System in unseren Parlamenten,

um nur ein paar Beispiele zu nennen. Ich bin selbstverständlich für die Zugehörigkeit zur Nato, ich halte auch ein weiteres selektives und qualitativ orientiertes Wachstum

für wünschenswert und mir erscheint ein 3-Fraktionen-System ganz allein schon aus Gründen des parlamentarischen Zeitbudgets angenehmer als ein 4-Fraktionen-System – aber deshalb kann ich doch nicht behaupten, wer meine Meinung nicht teile, verlasse den staatsbürgerlichen Grundkonsens. Eine solche Behauptung würde nur den Verdacht erwecken, ich wolle mich der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Gegenmeinung entziehen.

IV.

Lassen Sie mich zur Ausgangsfrage zurückkehren: Konfrontation statt Konsens? Wohlgemerkt: Konsens, nicht Grundkonsens! Meine Antwort lautet: Weder noch. Ich sehe weder Sinn in noch Anlaß zu einer breiten Konfrontation mit dem Jugendprotest, zu einer Wagenburg-Haltung des Sich-Einigelns, des Sich-Verhärtens. Wer sie suchen wollte, würde übrigens rasch die Qualität unseres Staates, vor allem der Polizei und ihrer Einsätze verändern müssen; mit Schlagstock, Tränengas und selbst mit Reizgas käme sie dann wohl nicht sehr lange aus. Ich sehe aber ebensowenig die Möglichkeit, Forderungen des Jugendprotests einfach zu übernehmen und dadurch zu einem raschen Konsens zu kommen. Ich meine, die Fragen und die Kritik der Protestbewegung müssen ernst genommen werden und wären besser schon früher ernst genommen worden. Ihre Antworten hingegen sind auf wichtigen Gebieten widersprüchlich, zum Teil auch noch unausgegoren oder extrem. Aber sie zielen auf eine Ordnung, die gerechter und menschlicher sein könnte als die, in der wir gegenwärtig leben. Auf eine Ordnung, die den Ängsten Hoffnung entgegensetzt. Auf eine Gesellschaft, die die Leistungen des einzelnen nicht mehr nahezu ausschließlich an seiner effektiven Intelligenz, an der technischen Fertigkeit und dem sozialen Durchsetzungsvermögen mißt, sondern auch menschlich wertvolle und gesellschaftlich wichtige Fähigkeiten wie Phantasie, Originalität, gesellschaftlich-politisches Verantwortungsgefühl, Kooperationsfähigkeit, moralische und soziale Empfindsamkeit berücksichtigt. Die dem einzelnen mehr Spielraum für das Selbertun, aber auch für mitmenschliche Zuwendung läßt. Die nicht alles verdinglicht, programmiert, maximiert, sondern der Beseelung, dem Gefühl, der Spontaneität Platz läßt und Optimum und Maximum besser zu unterscheiden weiß. Und die der jungen Generation auch sinnvolle Aufgaben stellt, an denen sich ihr Idealismus entzündet und die ihre Kräfte fordert.

Ist das so, dann hat die Jugendbewegung nicht nur Anspruch auf Gehör. Dann hat sie auch Anspruch darauf, daß wir unsere eigene Position überdenken, daß wir Fehler zugeben und daß wir anfangen, sie zu korrigieren. Sie hat allerdings auch Anspruch auf unseren Widerspruch und unseren Widerstand, wo sie ungestüm Prinzipien in Frage stellt, die für das friedliche Zusammenleben der Generationen und auch von Mehrheiten und Minderheiten unerläßlich sind, wie etwa das Gewaltmonopol des Staates. Oder, wo sie den Bereich des Politischen verläßt und bekenntnishafte Züge annimmt. Oder dort, wo die Realitäten aus dem Blick geraten.

Das heißt aber, sie hat Anspruch darauf, daß wir uns genauso verhalten, wie wir das eigentlich alle in Feierstunden und in Festvorträgen beschreiben und von den jeweils anderen fordern. Nämlich als dialogfähige Demokraten, die wissen, daß sich jede Generation letzten Endes ihr Leben selbst einrichten muß. Vielleicht finden wir dann auch zu einer Grundeinstellung vieler Generationen zurück, die fast verschüttet zu werden droht; zu der Einstellung, der Jugend werde gelingen, was die Älteren nicht geschafft oder verfehlt haben; die Jugend werde nicht nur für sich, sondern für alle eine bessere Zukunft heraufführen.

Und vielleicht finden wir dann auch zu mehr Gelassenheit. Ich würde sie uns wünschen. Und ich wäre glücklich, wenn ich dazu einen kleinen Beitrag hätte leisten können. Denn nicht die Eiferer, die stets Aufgeregten, die Exponenten des geistigen und gesellschaftlichen Kriegszustandes waren die Stifter, steten Erneuerer und Bewahrer des sozialen Friedens, sondern die Gelassenen, die ihrer selbst Sicheren, die gerade deswegen auch zum Zuhören, Lernen und Verändern Fähigen.